

„Sie legen heute die Axt an die Gesundheitsversorgung“

10.07.2026, 11:27, Autor/-in: [mm](#).

Bundestag verabschiedet Sparpaket mit hitziger Debatte

Mit der Mehrheit der schwarz-roten Koalition hat der Bundestag am Freitag das GKV-Spargesetz beschlossen. Selten wurde über ein Gesundheitsgesetz so erbittert gestritten. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken verteidigte das milliardenschwere Sparpaket als notwendige „Stabilisierung“ der gesetzlichen Krankenversicherung. Union und SPD warben für einen „Paradigmenwechsel“, die Opposition sprach von einem Angriff auf die Patientenversorgung. Zwischenrufe, Ordnungsrufe und persönliche Vorwürfe zeigten, wie aufgeheizt die Debatte war.

[©Screenshot](#) *Linken-Fraktionschefin Heidi Reichinek: „Sie gefährden mit diesem Gesetz Menschenleben. Denken Sie daran, wenn Sie gleich Ihre Ja-Stimme abgeben.“*

Der Bundestag hat das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz am Freitag nach einer mehrstündigen, kontroversen Debatte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen beschlossen. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) verteidigte das umstrittene Sparpaket in ihrer Rede mit Nachdruck. Die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenversicherung sei „dramatisch“ und lasse keinen Aufschub mehr zu. Mit dem Gesetz werde „nicht mehr und nicht weniger als ein Paradigmenwechsel im Gesundheitswesen“ eingeleitet. Ziel sei es, Einnahmen und Ausgaben der Krankenkassen wieder ins Gleichgewicht zu bringen und damit einen Anstieg der Beiträge um rund einen Prozentpunkt im kommenden Jahr zu verhindern.

Warken räumte ein, dass Einsparungen in dieser Größenordnung nicht ohne Folgen blieben. „Man kann auch nicht knapp 20 Milliarden Euro sparen und den Menschen sagen: Keiner wird davon etwas spüren. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu“, sagte die Ministerin. Zugleich verwies sie auf Nachbesserungen im parlamentarischen Verfahren. So beteilige sich der Bund stärker an den Gesundheitskosten für Bürgergeldempfänger, die Familienversicherung sei entschärft worden und die Pharmaindustrie erhalte zwar mehr Planungssicherheit, müsse aber weiterhin einen „angemessenen Beitrag“ leisten.

Bei den geplanten Einschnitten in der Psychotherapie kündigte Warken weitere Gespräche an. Das Spargesetz löse nicht die strukturellen Probleme der Versorgung. „Das Thema der Versorgung muss an anderer Stelle gelöst werden“, sagte sie und verwies auf eine Verständigung der Koalition, den Bereich nach der Sommerpause grundlegend zu überarbeiten.

Koalition verteidigt Einschnitte als notwendige Stabilisierung

Für die Union bezeichnete die gesundheitspolitische Sprecherin Simone Borchardt das Gesetz als unausweichlich. „Die gesetzliche Krankenversicherung steht vor einer finanziellen Lage, die politisches Handeln jetzt verlangt. Ein Weiter-so geht eben nicht.“ Entscheidend sei, ob das Gesamtpaket „ausgeglichen, wirksam und verantwortbar“ sei. „Ja, das ist es“, sagte Borchardt. Das Gesetz verteile die Lasten auf alle Beteiligten und schaffe zugleich die Grundlage für die anstehenden Strukturreformen wie Primärversorgung, Digitalisierung und Notfallversorgung.

Auch die SPD stellte das Gesetz als finanzpolitische Notwendigkeit dar. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dagmar Schmidt sprach von einem Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung von 18,5 Milliarden Euro. „Dieses Gesetz ist keine Gesundheitsreform“, sagte sie. Es verhindere jedoch einen deutlichen Beitragssprung und sichere gleichzeitig besonders wichtige Versorgungsbereiche. Als parlamentarische Erfolge nannte sie unter anderem höhere Bundesmittel für Bürgergeldempfänger sowie Verbesserungen bei der Psychotherapie, damit laufende Behandlungen nicht unterbrochen würden.

Ihre Fraktionskollegin Lina Seitzl bezeichnete das Gesetz als „Notbremse für die Ausgaben“ der gesetzlichen Krankenversicherung. Die eigentlichen Strukturreformen – etwa die Einführung eines Primärversorgungssystems – würden erst folgen. Christos Pantazis betonte, man spare „nicht am Gesundheitssystem“, sondern stabilisiere dessen Finanzierung. Ziel sei es, „die Beiträge zu stabilisieren, ohne die Versorgung zu destabilisieren“.

[©Screenshot](#) Gesundheitsministerin Nina Warken räumte ein, dass Einsparungen in dieser Größenordnung nicht ohne Folgen blieben. „Man kann auch nicht knapp 20 Milliarden Euro sparen und den Menschen sagen: Keiner wird davon etwas spüren. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.“

Grüne: „Mit heißer Nadel gestrickt“

Die Grünen warfen der Koalition dagegen vor, mit dem Gesetz genau das Gegenteil ihres Ziels zu erreichen. Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann sprach von einem „mit heißer Nadel gestrickten Gesetz“, das weder die Beiträge stabilisieren noch die Versorgung sichern werde. Stattdessen drohten Krankenhausinsolvenzen, überlastete Hausarztpraxen und die Schließung psychotherapeutischer Praxen. „Sie entziehen denen die Existenzgrundlage“, sagte Haßelmann mit Blick auf die Psychotherapie.

Der Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen warf der Koalition vor, die Folgen ihres Gesetzes entweder nicht zu überblicken oder bewusst in Kauf zu nehmen. Es handle sich um ein „Belastungsprogramm für Arbeitgeber und Arbeitnehmer“, das schon 2027 sein eigenes Ziel verfehlen werde. Die angekündigte Beitragsstabilität sei ein „politischer Hütchenspielertrick“. Den Regierungsfractionen kündigte er an: „Wir werden dieses Gesetz in aller Form mit der namentlichen Abstimmung an Ihr Türschild nageln.“

Linke spricht von „Kettensäge“ im Gesundheitswesen

Die schärfste Kritik kam von der Linksfraktion. Fraktionsvorsitzende Heidi Reichinnek warf der Koalition vor, mit dem Gesetz die Gesundheitsversorgung systematisch zu verschlechtern. Höhere Zuzahlungen, Kürzungen bei der Versorgung und Einschnitte in der Psychotherapie träfen vor allem Menschen mit geringem Einkommen. Zugleich würden aus ihrer Sicht Pharmaunternehmen und Wohlhabende geschont. Reichinnek kritisierte außerdem das Gesetzgebungsverfahren als „absolute Katastrophe“.

Die zahlreichen kurzfristigen Änderungsanträge hätten eine seriöse parlamentarische Beratung praktisch unmöglich gemacht. Zum Schluss appellierte sie direkt an die Abgeordneten der Koalition: „Mit Ihrer Stimme zu diesem Gesetz legen Sie heute die Axt an die Gesundheitsversorgung der Menschen in diesem Land.“ Und weiter: „Sie gefährden mit diesem Gesetz Menschenleben. Denken Sie daran, wenn Sie gleich Ihre Ja-Stimme abgeben.“

Ihr Fraktionskollege Ates Gürpınar verglich das Sparpaket mit einer „Kettensäge“, die wahllos Leistungen im Gesundheitswesen zerstöre. Er warf der Koalition vor, unter hohem Zeitdruck ein Gesetz zu verabschieden, dessen Folgen weder Parlament noch Öffentlichkeit ausreichend hätten prüfen können.

AfD greift Verfahren und Sparmaßnahmen an

Auch die AfD lehnte das Gesetz ab. Nicole Hess sprach von der „nächsten Rechnung“, die den Bürgern präsentiert werde. Das Gesetz stabilisiere allenfalls die Illusion eines funktionierenden Systems, belaste aber Patienten, Leistungserbringer und Kommunen gleichermaßen. Niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten würden in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet.

Besonders eskalierte die Debatte nach dem Redebeitrag des AfD-Abgeordneten Martin Sichert. Er hatte den Abgeordneten der Regierungsfaktionen vorgeworfen, mit ihrer Zustimmung Todesfälle in Krankenhäusern und Pflegeheimen wissentlich in Kauf zu nehmen. Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) erteilte ihm daraufhin einen Ordnungsruf. Solche Vorwürfe seien „ein persönlicher Angriff“ und mit parlamentarischen Gepflogenheiten unvereinbar. In einer Demokratie müsse akzeptiert werden, dass andere Abgeordnete zu einer anderen Bewertung kämen.

Nach der zweiten Lesung nahm der Bundestag den Gesetzentwurf zunächst mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von AfD, Grünen und Linken an. Für die Schlussabstimmung hatten die Oppositionsfraktionen eine namentliche Abstimmung verlangt. Das Gesetz wurde schließlich mit 319 Ja-Stimmen bei 286 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen verabschiedet.

Kommentieren Drucken